

enger Abstimmung mit den Beteiligten im Gesundheitswesen. Sie sind das Rückgrat unseres Gesundheitswesens, und sie verdienen nicht nur Respekt, sondern auch spürbare Verbesserungen bei Arbeitsbedingungen sowie Anerkennung. Das ist sowohl auf der Landes- als auch auf der Bundesebene ein insgesamt fortlaufender Prozess.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen die Intention des vorliegenden und auf Wunsch der antragstellenden Fraktion direkt abzustimmenden Antrags ab. Mit ihm wird suggeriert, es geschehe zu wenig. Wir lehnen ihn ab, weil er fiskalisch vage bleibt. Wir sind in Nordrhein-Westfalen mit dieser Landesregierung und mit Minister Karl-Josef Laumann auch in der Gesundheitspolitik auf einem klaren Weg. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Danke, Herr Kollege Hagemeyer. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht die Abgeordnete Frau Thoms.

**Meral Thoms (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen bilden das Rückgrat unserer Gesundheitsversorgung in NRW, und sie sind natürlich unverzichtbar für eine funktionierende Daseinsvorsorge.

Es ist unbestritten, dass gerade im Krankenhausbereich ein erheblicher Investitionsbedarf besteht. Bundesweit stehen viele Kliniken vor enormen wirtschaftlichen Problemen und sehen sich mit drohenden Schließungen konfrontiert. Gleichzeitig ist die Pflegeversicherung dringend reformbedürftig. Sie kann die steigenden Pflegekosten kaum noch tragen. Die Folge ist, dass Pflegebedürftige und ihre Angehörigen mit teils existenzbedrohenden Eigenanteilen belastet werden.

Doch diese Herausforderungen sind nicht neu; sie werden seit Jahren diskutiert. Während andere noch reden, handeln wir in NRW mit konkreten Maßnahmen und mit der Bereitschaft, auch finanziell Verantwortung zu übernehmen.

Sehen wir uns den Krankenhausbereich an. Wir haben frühzeitig mit einer innovativen Krankenhausplanung reagiert, die bundesweit Maßstäbe setzt.

(Wilhelm Korth [CDU]: So ist das!)

Mit jährlich 765 Millionen Euro Pauschalförderung und zusätzlichen 2,5 Milliarden Euro für die Umsetzung der Krankenhausplanung machen wir deutlich: Die stationäre Versorgung liegt uns am Herzen, und wir unterlegen dies mit Substanz.

Zur Erinnerung: Im Landtagswahlkampf 2022 forderte der damalige SPD-Vorsitzende Thomas Kutschaty – leider ist er gerade nicht hier – einen Investitionsfonds

für die Krankenhäuser in Höhe von 2 Milliarden Euro. Heute müssen wir sagen, dass wir diese Forderung der SPD nicht nur erfüllt, sondern deutlich übertroffen haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Thorsten Klute [SPD]: Uiuui!)

Das ist keine rhetorische Spitze, sondern schlicht ein Fakt. Wir haben mehr für die Krankenhäuser mobilisiert, als sich die SPD im Wahlkampf zugetraut hat.

Natürlich ist uns klar, dass selbst diese hohe Summe nicht ausreicht, um alle Investitionsbedarfe zu decken.

(Thorsten Klute [SPD]: Aha! – Gönül Eçlence [GRÜNE]: Da hast du jetzt aber was entdeckt! – Heiterkeit von Sascha Lienesch [CDU])

Deshalb war es ein wichtiger Schritt, dass die frühere Bundesregierung einen Transformationsfonds für die Krankenhäuser aufgelegt hat, der jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert wird. Das wissen Sie alle. Ja, es ist richtig und wichtig, dass der Bundesanteil nun aus dem Sondervermögen stammt und nicht aus den ohnehin stark belasteten Mitteln der gesetzlichen Krankenkassen. Das Sondervermögen – das möchte ich noch einmal betonen – haben wir Grüne im Bundestag nicht nur möglich gemacht, sondern auch maßgeblich mitgestaltet.

(Beifall von den GRÜNEN und Wilhelm Korth [CDU])

In NRW werden wir sorgsam abwägen, wie wir unseren Anteil zielgerichtet einsetzen. Die konkrete Verteilung auf die Länder ist – wir würden es uns anders wünschen – noch offen; ebenso die Frage, wie groß der Anteil der Kommunen sein wird.

Eines ist uns allen aber sonnenklar: Dieses Sondervermögen ist keine Wunderwaffe und auch kein Goldesel. Es wird nicht alle finanziellen Probleme auf einen Schlag lösen und uns erlauben, Wunschprogramme in beliebiger Höhe zu finanzieren. Es kompensiert vor allem auch keinen Reformstau.

Auch im Pflegebereich gibt es großen Handlungsbedarf. Allein zwischen 2020 und 2022 haben wir über ein Sonderprogramm 250 Millionen Euro für den Ausbau von Pflegeschulen und deren Modernisierung bereitgestellt. Kollege Hagemeyer hat das ausführlich ausgeführt.

Das größte strukturelle Problem aber liegt in der Pflegeversicherung selbst. Ihre Leistungen reichen im demografischen Wandel immer weniger aus – mit spürbaren Folgen für die Betroffenen.

In NRW beliefen sich die Hilfen zur Pflege im Jahr 2023 auf fast 1 Milliarde Euro. Es sind die Kommunen, die diese wachsende Last zunehmend stemmen müssen. Uns fehlt jedoch eine entschlossene Antwort der Bundesregierung. Statt konkreter Reformvorschläge gibt es bisher nur die Ankündigung

einer Kommission für die Pflege mit einem vage formulierten Auftrag. Das reicht nicht. Wir brauchen jetzt eine tragfähige Finanzierung der Pflege, die die Lasten gerecht verteilt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen sind groß. Wir in NRW sind weiterhin bereit, auch finanzielle Verantwortung zu übernehmen und tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Der Antrag der SPD ist aber unglauwbüdig. Wir haben bereits übererfüllt, was sich die SPD vorgenommen hat. Den vorliegenden Antrag lehnen wir ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Danke, Frau Thoms. – Für die FDP spricht ihre Abgeordnete Frau Schneider.

**Susanne Schneider (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen und Kolleginnen! Ich staune jetzt doch ein bisschen. Frau Thoms führte gerade aus, und das ist mein Lieblingssatz: „2020 bis 2022 haben wir ...“ – Wer sich erinnern kann: 2020 bis 2022 hat die FDP mit der CDU hier Gesundheitspolitik gestaltet und sie auch wirklich gestaltet.

(Heiterkeit von Thorsten Klute [SPD])

Daher muss ich korrigierend widersprechen.

(Thorsten Klute [SPD]: Da hat sie recht! – Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Was wahr ist, ist wahr! – Zuruf von Lena Teschlade [SPD])

Ich habe den Redner von der CDU gehört, wie er sich für Erfolge und dafür gefeiert hat, was das Land alles finanziert, bezahlt und auf den Weg bringt bis hin zur einjährigen Pflegeausbildung, die man so gepusht hat – ja, das hat man, von 2017 bis 2022, und das waren wir.

(Beifall von der FDP)

In NRW haben wir mehr als 300 Krankenhäuser, 3.500 Pflegeheime, 260 Pflegeschulen, und man könnte denken: Es läuft doch alles, wir sind doch ganz gut versorgt. – Wenn man diese Zahlen hört, dann ist man zunächst beeindruckt. Sie vermitteln den Eindruck, dass alles in Ordnung ist. Wenn man aber ein bisschen genauer hinsieht, dann täuscht der erste Eindruck doch.

Am Anfang des Jahres schreckten dann wahrscheinlich viele von Ihnen hoch, als bekannt wurde, dass 2023 die Zahl der Beschäftigten in den nordrhein-westfälischen Pflegeeinrichtungen zurückgegangen ist. Dieser Rückgang ist der erste seit 1999, und er schmerzt umso mehr, weil die Zahl der Pflegebedürftigen

in der ambulanten und stationären Pflege 2023 noch einmal angestiegen ist.

Für den Rückgang der Pflegebeschäftigten lässt sich wahrscheinlich ein ganzes Bündel an Gründen finden: fehlende Anerkennung, schlechte Arbeitsbedingungen oder auch Gewalterfahrungen. Sicherlich spielt aber auch das Arbeitsumfeld, der eigentliche Arbeitsplatz eine entscheidende Rolle. Da fängt es – teilweise im wahrsten Sinne des Wortes – an, massiv zu bröckeln.

Es hat sich erheblicher Investitionsstau aufgetürmt. Er betrifft gleichermaßen die Krankenhäuser, die Pflegeeinrichtungen und vor allem die Pflegeschulen. Auch in anderen Bundesländern ist er zu spüren. Er kommt aber auch nicht von ungefähr. Der Investitionsstau begann – wenn wir ganz ehrlich sind – bereits unter Rot-Grün.

(Thorsten Klute [SPD]: Jetzt kommen wir!)

In der Regierungszeit von CDU und FDP wurde endlich begonnen, deutlich gegenzusteuern. Wenn die SPD das nun auch so sieht und mit ihrem Antrag Fehler aus der eigenen Regierungsverantwortung korrigieren will,

(Heiterkeit von Thorsten Klute [SPD])

dann sind wir zumindest bei der Problembeschreibung ganz nah beieinander.

Bei der Problemlösung sieht es allerdings anders aus. Ein dickes Paket wollen die Sozialdemokraten schnüren. Die Krankenhäuser sollen 2 Milliarden Euro als Sofortprogramm erhalten. Die Pflegeschulen sollen immerhin 10 Millionen Euro kriegen. Die Summe, mit der man andere Einrichtungen wie zum Beispiel Pflegeheime und ambulante Pflegedienste unterstützen will, lässt die SPD hingegen offen.

Als Gegenfinanzierung wird allein auf das Sondervermögen gesetzt. Das ist mir dann doch etwas dünn. Denkbar wäre zwar, aus dem Sondervermögen neben dem Bundesanteil auch den Landesanteil des Transformationsfonds zur Umsetzung der Krankenhausreform zu finanzieren, dieser würde aber nach aktueller Rechtslage rund 5 Milliarden Euro über zehn Jahre betragen.

Ein zusätzliches Sofortprogramm in Höhe von 2 Milliarden Euro neben den Mitteln für den Transformationsfonds hingegen ist unrealistisch. Ohnehin ist der Länderanteil des Sondervermögens schon für zahlreiche andere Aufgaben eingeplant.

Etwas näher möchte ich auf unsere Pflegeschulen eingehen. Sie müssen ein attraktives Lernumfeld bieten, um junge Menschen für eine Ausbildung in der Pflege gewinnen zu können. Dazu sind weitere Investitionen erforderlich. Anstelle der Kürzungen durch die schwarz-grüne Landesregierung müssten die Förderkriterien erweitert werden, um den tatsächlichen